

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2290.

Nr. 233

Dienstag, den 5. Oktober 1920

11. Jahrgang

Polenüberfall auf Litauen.

Polnischer Waffenstillstandsbruch mit Litauen.

Kowno, 4. Okt. (Litauische Telegramm-Agentur.) Bei den Verhandlungen in Suwalki verlangten die Polen eine Demarkationslinie westlich des Niemen-Flusses, die die Linie vom 9. Dezember zugunsten Litauens überschreite. Außerdem verlangten sie die freie Benutzung der Eisenbahnlinie Suwalki über Orla nach Orany. Die Litauer erklärten diese Forderungen nicht annehmen zu können. Ohne das endgültige Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, griffen die Polen inzwischen mit starken Kräften Orany an, um auf diese Weise die litauische Delegation in Suwalki und die fünfgleidrige Kommission des Völkerbundes vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Dieser polnische Waffenstillstandsbruch bedeutet eine neue Verletzung der Entschlieung des Völkerbundes und ist ein neuer Beweis für die rücksichtslose Eroberungspolitik Polens gegenüber Litauen.

Die Angriffe der Polen.

Kowno, 4. Okt. (Litauische Telegramm-Agentur.) Die Polen überfielen mit einigen Divisionen Artillerie und Kanallerie die Litauer bei Orany und besetzten nach heftigem Widerstand den Bahnhof. Auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen. Auch an anderen Orten sollen die Polen ihre Angriffe fortsetzen.

Also doch noch Konferenz in Genf.

Haag, 4. Okt. Maffingham, der Londoner Korrespondent der „Haagischen Post“ telegraphiert, daß von einem Aufgeben der Genfer Konferenz noch keine Rede sei. Die englische Regierung halte noch immer an diesem Gedanken fest. Er bildet augenblicklich den Gegenstand eines lebhaften Gedankenaustausches zwischen der englischen und der französischen Regierung.

Frankreichs deutschfeindliche Politik.

Amsterdam, 4. Okt. „Standard“ schreibt, daß Millerand beim Empfang des deutschen Botschafters Mayer schöne Worte über die Zusammenarbeit an den großen Werten des Friedens geredet habe; schade, daß die französische Politik praktisch in eine ganz andere Bahn geleitet werde und von einer großen Friedensarbeit keine Rede sei. Die aggressive und deutschfeindliche Politik der jetzigen französischen Regierung bilde eine große Gefahr für die Wiederherstellung aufschichtiger freundschaftlicher Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten und verhindere ein zweckentsprechendes Zusammenwirken zum Wiederaufbau des schwankenden Europa.

Oberschlesien in der französischen Presse.

Berlin, 5. Okt. Im Zusammenhang mit der Berufung des Generals Le Rond nach Paris legt die französische Presse, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, für die Vorgänge in Oberschlesien lebhaftes Interesse an den Tag. Man könne sich des Eindrucks kaum erwehren, sagt das Blatt, daß hier nach einer von höherer Stelle gegebenen Parole vorgegangen würde, die von der Besorgnis diktiert sei, in Oberschlesien könne sich wiederholen, was sich in den preussischen Abstammungsgebieten ereignet habe.

Westeuropa und Moskau.

Haag, 4. Okt. „Nieuwe Courant“ bemerkt zu den Ergebnissen des Kongresses von Orkans: Es trete immer deutlicher zutage, daß sich die Arbeiter der verschiedenen Länder Westeuropas vom revolutionären Sozialismus abwenden. Vom Kommunismus sei wenig unter den Arbeitern zu spüren, wie sehr man auch mit ihm kokettiere.

Berliner U. S. P. und Moskau.

Berlin, 14. Okt. Die „Freiheit“ veröffentlicht vorläufige Ergebnisse der gestrigen Urwahlen innerhalb der U. S. P. D. über die Stellungnahme zu den Moskauer Bedingungen. Danach ergeben sich in Berlin bis jetzt 13 849 Stimmen für, 12505 gegen die Bedingungen. In den übrigen Kreisen und Städten, aus denen Wahlmotive vorliegen, schwankt die Majorität.

Wilson wirbt für seinen Völkerbund.

Washington, 4. Okt. (Reuter.) In seinem Aufruf an die Amerikaner hinsichtlich der bevorstehenden Präsidentenwahl fordert Wilson zur Unterstützung des Völkerbundes auf und erklärt die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten auf Grund des Artikels 10 der Völkerbundcharta von andern Nationen zu einem Kriege genötigt werden könnten, für vollständig unrichtig. Nichts, was in den Völkerbundverhandlungen stehe, hindere den Kongreß, einen Krieg zu erklären oder nicht zu erklären.

Seit langem man von Wilson nichts zu hören und ist sein letztes Eintreten für den von ihm geschaffenen Völkerbund

kein Wunder. Er bescheinigt aber diesem „Völkerbund“ nur, daß dieser nach den Satzungen gar kein Völkerbund ist. Denn wenn der amerikanische Kongreß doch mit dem Frieden machen kann, was er will, wozu soll dann ein Völkerbund dienen?

Deutschlands Besatzungsbürde.

Aus Karlsruhe lassen sich verschiedene Blätter mitteilen, daß die am 1. Oktober erwartete Reduzierung der Besatzungsheere im linksrheinischen Gebiet nicht eingetreten sei. In der Rheinpfalz seien vielmehr am 30. September neue schwarze Formationen eingerückt, so in Neustadt, Kaiserlautern und Speyer.

So ist es recht, statt Verminderung eine Vermehrung der Besatzungstruppen. Deutschland kann ja bezahlen.

Wirtschaftskrise auch in England.

Amsterdam, 4. Okt. „Telegraaf“ meldet aus London: Die Krise im englischen Handel und der englischen Industrie tritt schon eher ein, als man erwartet hatte. Eine der größten Fabriken von Sheffield, die mit der United Daily Corporation in Verbindung steht, hat gestern Tausende von Arbeitern wegen Mangel an Aufträgen entlassen. Sie betrachten dieses Ereignis als den Beginn der größten wirtschaftlichen Depression. Einer der größten Fabrikanten erklärte, daß viele andere Fabriken in Kürze gleiche Maßnahmen treffen würden.

Diese wirtschaftlichen Niedergänge, die in ihrem großen Ausmaße furchtbare soziale Folgen nach sich ziehen, sollten Veranlassung sein, daß sich die leitenden Staatsmänner darüber klar werden, daß nur eine sozialistische Bedarfswirtschaft uns von dieser Krise befreien wird. In klarer Erkenntnis dessen bleibt nichts anderes übrig, als der sozialistischen Wirtschaft den freien Weg zu ebnen. Die Entwicklung drängt naturgemäß auf die Umstellung der jetzigen Wirtschaftsweise. Je reibungsloser diese nonfanten geht, desto besser für die Völker und auch für „die Herren“ der Welt.

Arbeiterunruhen in Indien.

Paris, 4. Okt. Nach einer „Matin“-Nachricht aus London wird aus Bombay telegraphiert, daß in Indien Arbeiterunruhen ausgebrochen seien. Auch aus Assam werden Unruhen auf den Teeplantagen mitgeteilt, wobei fünf Engländer, darunter der Polizeichef, schwer verwundet wurden. Die Lage sei gefährlich. Es seien Truppen zusammengezogen.

Türkenfeldzug gegen Armenien.

Amsterdam, 4. Okt. Einer „Times“-Nachricht aus Konstantinopel zufolge bestätigt es sich, daß Kasim Karabekir Pasha mit regulären Truppen in Stärke von 15 000 bis 20 000 Mann die armenische Grenze überschritten und Oltz genommen habe. In Armenien herrscht große Erregung. Die Regierung von Erivan kann den Eindringlingen von ihrer 40 000 Mann zählenden Truppenmacht kaum die Hälfte entgegensetzen. um die Nordost- und Südostgrenze nicht zu entblößen.

Andauernde Sinnfeinerangriffe in Irland.

London, 4. Okt. (B. L. B.) In der Nacht zum 3. Okt. kam es in Cork wiederholt zu Angriffen auf Polizeipatrouillen. Ein Polizeibeamter wurde getötet, vier wurden verletzt. Ähnliche Nachrichten kommen aus Dublin und French. In French wird eine Polizeistation von Sinnfeinern belagert. In der Grafschaft Cork wurde ein Zug angehalten und Militärmaterial aus ihm geraubt.

Für die internationale Handelsfreiheit.

Brüssel, 4. Okt. (B. L. B.) Der Ausschuß der Finanzkonferenz für den internationalen Handel hat eine Entschlieung für Handelsfreiheit fast einstimmig angenommen.

Bekleidungsabgabe an Deutschlands Bergarbeiter.

Bei der Erneuerung des Ueberziehensabkommens in Rheinland und Westfalen hat die Regierung die Forderung von verbilligten Textil- und Schuhwaren an die Bergarbeiter aufgelegt. Die dafür eingesetzte Kommission hat größere Mengen Schuhwerk sowie fertige Bekleidungs- und Wäscheartikel angekauft.

Ungarische Ausweitung eines Arbeiter-Adressens.

Preßburg, 4. Okt. Infolge der Ausweisung des österreichischen Staatsangehörigen Pfifferling Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme“ wurde von der hiesigen kommunistischen Versammlung der Generalstreik erklärt. Ein großer Teil der Arbeiterschaft und die Bahn-, Post- und Telegraphenangestellten beteiligen sich nicht an dem Streik.

Verlust der Wirtelsturm in Japan.

Amsterdam, 4. Okt. Das Reuterbureau meldet aus Tokio: Der Rand des Wirtelsturmes hat Tokio und Yokohama gestern Nacht erreicht. Viele Häuser wurden zerstört. Man befürchtet, daß die Zahl der Umgekommenen sehr groß ist.

Der Sieg vor 30 Jahren.

Von Eduard Bernstein.

II.

Als das Ausnahmegesetz in Kraft trat, war die deutsche Arbeiterschaft durch die schon Jahre währende Geschäftskrisis niedergedrückt, man kann sagen, in weiten Kreisen geradezu entmutigt. Und da die Handhabung der Unterdrückungsbestimmungen des Gesetzes an Brutalität die schlimmsten Befürchtungen noch übertraf, die in dieser Hinsicht in den Kreisen der Partei gehegt worden waren, konnte es kommen, daß diese sich in der ersten Zeit keinen Schlägen nicht gewachsen zeigte, sondern den Eindruck erweckte, daß ihre Spannkraft wirklich so ziemlich gebrochen war. Durch nichts wird dies wohl stärker beleuchtet als durch den Umstand, daß Wilhelm Liebknecht — man denke, Wilhelm Liebknecht! — sich veranlaßt sah, in einer der ersten Sitzungen des Reichstags nach Inkrafttreten des Gesetzes „emphatisch“, wie er sagte, zu erklären, daß die Sozialdemokratie die Revolution nicht wolle.

Aber diese Zeit des seelischen Drucks ging vorüber, und von Jahr zu Jahr nahm die Widerstandskraft der Partei zu. Von den Führern hat sich damals keiner um ihre Hebung größere Verdienste erworben als August Bebel. Wenn man von der Partei als Ganzes sagen kann, daß die Jahre des Sozialistengesetzes ihr heroisches Alter waren, so trifft auf August Bebel das Wort zu, daß sie die Glanzzeit seines politischen Wirkens waren. Er war geistig auf der Höhe seiner Entwicklung angelangt und übertraf, ohne darum sich auf Unbesonnenheiten einzulassen, an Siegeszuversicht alle seine Mitstreiter. Es soll nicht verstanden werden, daß eine illusorische Rechnung viel dazu beigetragen hat, in ihm dieses Gefühl zu nähren. Umgekehrt war Bismarck sah er die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft vor ihrem in Kürze bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch. Bereitet durch Leiderscheinungen des Wirtschaftslebens, kam er um das Jahr 1880 zu der Überzeugung, daß der Bau der kapitalistischen Wirtschaft wahrscheinlich keine drei Jahre mehr aushalten werde, und diese Überzeugung von der inneren Sinnlosigkeit des Baus der bürgerlichen Wirtschaft verließ ihn auch nicht, als jene Berechnung sich als irrig erwies. Es handelte sich in seinen Augen dann immer nur um ein hinausschieben der Wirtschaftskatastrophe durch Ausfallsmittel, die unmöglich lange vorhalten konnten. So blieb er in bezug auf die Aussichten der sozialistischen Bewegung hoffnungsfroh und konnte den Genossen in den vertraulichen Besprechungen, auf welche längere Zeit die Agitation der Partei angewiesen war, und später den Arbeitern in den Versammlungen einen Kampfesmut einflößen, an dem alle Verfolgungsmaßnahmen der Regierungen und der Polizei zerschlugen. Dabei bewahrte er sich doch wieder den praktischen Blick für die gegebenen Machtverhältnisse und die Erfordernisse und Möglichkeiten des Augenblicks, vereinte er die Vorzüge des überlegten parlamentarischen Taktikers mit den Gaben des feurigen, die Massen hinreißenden Volksversammlungsredners. Gewiß haben die Augen und die Grillenberger, die Hafenclever und die Dieckhoff, die Singer und die Dollmar und noch mancher andere viel dazu beigetragen, das geistige und sich großer Popularität erfreut. Aber in den Herzen der Arbeiter sah keiner so fest wie August Bebel, der gleichermaßen in sich das konzentrierte, was sie am meisten bewegte.

Mit jedem Jahr verstand es die sozialistische Arbeiterschaft besser, des Sozialistengesetzes Herr zu werden. Seine Geschichte ist auf Seiten der Arbeiter eine Geschichte der Bewahrung von ebensoviel Opfermut wie Findigkeit — Opfermut im Trogen von Gefahren und stöcher Hinnahme von Strafen und Wahrgelungen, und Findigkeit im Verhalten der Polizei, die mit ihnen nicht fertig werden konnte. Auf Seiten der Regierungen aber ist es eine Geschichte vergeblichen Lastens nach Wittern, eine kulturell notwendig gewordene Bewegung entweder ganz zu unterdrücken oder durch Trennung von Führern und Massen lahmzulegen.

Auf die verschiedenste Weise hat man es versucht, dieses Ziel zu erreichen. Erst durch rücksichtslose Unterdrückung aller Formen aller Vereine, aller Versammlungen. Dann durch Verbot von etwas Bewegung. Durch Verbot der Fachvereine der Arbeiter bei Festhalten an der Knebelung der politischen Bewegung. Etwas später — nachdem zwei im Ausland abgehaltene Kongresse der Partei ihre innere Festigkeit bekundet hatten und das im Ausland gegründete Organ der Partei „Der Sozialdemokrat“, allwöchentlich in vielen Tausenden von Exemplaren auf dem Schmuggelwege nach Deutschland gelangte und dort allerorts seine Leser fand — durch Erlaubnis einer unter dem Hinterbilde des Ausnahmegesetzes erscheinenden legalen Presse, die aber dem beständigen Steigen der Verdrängung des „Sozialdemokrat“ keinen Abbruch tat, und durch Sozialreformen, die in viel zu kleinen Dosen gegeben wurden, um auf die Arbeiter Eindruck zu machen, und auch bei härterer Bekämpfung sie nicht zum Verzicht auf ihr politisches Erbrechtsrecht hätten bewegen können. Noch später versuchte man es mit Geheimbundverboten, Straferlassen und dergleichen. Aber nichts konnte den Auftrieb der Bewegung aufhalten.

Und sie fand nicht nur immer weitere Verbreitung in der Arbeiterklasse, es wurde auch ihr Ruf in den Kreisen der Intellektuellen, von Wahl zu Wahl erzielte sie größere Stimmenzahlen, sie drang in die Gemeindevertretungen, in Landtage ein — das Geleze war als zurückhaltendes Werkzeug miflunglos, ehe es noch aus den Händen der Regierungsämter verichwand. Es konnte immer noch Individuen schädigen, es vermochte aber nicht der Bewegung Abbruch zu tun.

Die Hilflosigkeit der Bismarckschen Regierung ihr gegenüber fand 1887 klaffenden Ausdruck in dem Geleitwort, wonach die Behörden Sozialisten, die an einem in Ausland lebenden Agnaten teilgenommen hatten, aber die Verbreitung verbotener Schriften auch nur durch Bestimmung solcher unterstützten, ihrer Landesangehörigkeit verlustig erklären und ihnen das Leben in ihrem Geburtsland sollten verbieten können. Er wurde abgelehnt, nachdem die Sozialdemokraten dem Reichstag durch Paul Singer erdrückende, den tiefsten Eindruck machende Beweise von der forwärtrenden Wirkung des Gelezes vorgelegt hatten. Aber es war das blödsinnige Umschlagen eines Schemas, das am Ende seiner Kraft angelangt ist. Die letzten Jahre des Gelezes waren, nachdem Wilhelm I. 1888 gestorben war, nur noch ein matter Vegetieren, und dann verlagte selbst der Versuch, es durch Übertragung seiner Hauptbestimmungen in das gemeine Recht zu verewigen.

Wilhelm II. war an das Ruder gekommen. „Die Sozialdemokratie überläßt die Welt“, hatte er erklärt und wollte, von der Unfehlbarkeit seiner Staatskunst überzeugt, einen eigenen, einen „neuen“ Kurs steuern, der sich aber sehr bald auch als ein Scheitern erwies. Keines seiner Mittelchen, sein Wehlein der Lantag hatten den gewünschten Erfolg. Unter dem gemeinen Recht wuchs die Sozialdemokratie erst recht, denn immer mehr nahmen die grundlegenden, die sozialen Bedingungen ihres Wachstums zu. Die Industrialisierung Deutschlands machte größere Fortschritte, die Zentren der Industrie sahen ihre Bevölkerung sich gewaltig mehren, die Arbeiterklasse nahm einen immer breiteren Raum in der Nation ein — und eines Tages war Wilhelm II. selbst die „vorübergehende Erscheinung“, für die er gewöhnt hatte, die Sozialdemokratie erklären zu können.

Wem wir heute auf das Sozialistengeleze zurückblicken, um es geschichtlich zu würdigen, dann stellt es sich uns als eine Epilode in der inneren Entwicklung Deutschlands dar, welche diese letztere als in der Politik unmöglich rückständig erscheinen läßt. Wir sehen den damals leitenden Staatsmann Deutschlands, der auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, wo es sich um das Spiel von Mächten handelte, eine Leuchte unter leinesgleichen war, einer Kulturbewegung gegenüber, deren innere Berechtigung ihm nicht verargen sein durfte, mit Gewaltmitteln ebenso brutal, wie kleinlicher Natur vorgehen, darin unterstützt von der Mehrheit der sogenannten Gebildeten der Nation, er und sie in dem Wahn, damit dieser Bewegung den Voraus machen zu können. Schrieb doch damals ein Zeitlich, der wissenschaftliche Wortführer des Nationalliberalismus, wenn man der Sozialdemokratie die Feste und die Umzüge unmöglich mache, dann werde sie ihren Einfluß auf die Arbeiter bald einbüßen. Denn, die so klein von der Partei und der sozialistischen Arbeiterklasse dachten, konnte mit Recht unter Wilhelm II. gerade bei der Beratung des Gelezes im Reichstag entgegenrufen: „Wir, meine Herren, wir pfeifen auf das Geleze.“ Der Ausruf ist so ausgelegt worden, als sollte er die Nichtbeachtung des Gelezes durch die Sozialdemokratie anhängen. Aber er sollte viel mehr besagen und hat viel mehr besagt. Er war der Ausdruck der Gewißheit, daß das Geleze wohl die Veronen treffen, wie aber die Bewegung vernichten könne. Er war die Kundgabe der Berachtung — nicht für die Gelechtsheit, denn die Partei hatte die Absicht, solange es mit den Geboten der Selbstachtung und der Selbsterhaltung vereinbar war, auf ihrem Boden zu kämpfen, wohl aber für dieses Geleze. Und hierin hat die Gelechtsheit ihm voll und ganz gegeben. Sie hat in jeder Hinsicht auf die Gelechtsheit gepfeifen.

Sozialdemokratische Richtlinien zur Agrarfrage.

Der Parteivorstand hatte, wie schon berichtet, eine Reihe von Beschlüssen, die durch ihre Erfahrungen besonders dazu befähigt sind, an einer grundsätzlichen Festsetzung über die Agrarpolitik anzuknüpfen. Den Niederstich ihrer Beratungen bildet der folgende gemeinsame Vorschlag an den Kaiserlichen Parteitag, der auch für die Parteimitglieder des Reichstages weitgehendes Interesse haben dürfte.

Um der land- und forstwirtschaftlich tätigen Bevölkerung eine auskömmliche und gesicherte Existenz zu schaffen und um die ausreichende und gesunde Ernährung des ganzen Volkes unter erträglichen Bedingungen sicherzustellen, muß die Land- und Forstwirtschaft durch die Einflüsse, den guten Willen und durch die Tätigkeit der in der Land- und Forstwirtschaft wirkenden Bevölkerung selbst gefördert werden. Diese muß dauernd unterstützt werden durch die Regierungen und vor allem durch die organisierte Arbeiterklasse. Der Parteitag begrüßt das große Interesse, das die Genossen und Genossinnen den agrarischen Problemen entgegenbringen. Der Parteitag stellt für die politische und wirtschaftliche Wirksamkeit im Interesse der ländlichen Bevölkerung das folgende fest:

1. Die zur Gemeinwirtschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren. Die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu ändern.
2. Die Rechte des Klein-, Mittel- und Großbetriebes in der Landwirtschaft sind unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, des Klimas, der Möglichkeiten von Bodenbehandlung und Bodenbearbeitung zu beurteilen. Eine Uebereinstimmung über die sozialwirtschaftliche Bedeutung der Geschäftsklassen der landwirtschaftlichen Betriebe ist jetzt nicht möglich.
3. Von Reich, Staat und Gemeinde hat alles zu geschehen, was die Produktion und einen intensiveren Betrieb in der Landwirtschaft steigern kann.
4. Nichtbearbeitung sowie unwirtschaftliche Bewertung und Raubden des Bodens hat die Einräumung nach sich zu ziehen.
5. Jede Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu unterbinden.
6. Der Handel mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu sozialisieren.
7. Die Siedlungspolitik ist zu fördern und unter besonderer Berücksichtigung der Auswanderung der Land- und Forst-

ländlerlein, deren rationelle Bewirtschaftung unter Zuhilfenahme der technischen Errungenschaften nach den Vorlägen dieses Aktionsprogramms zu sichern ist. Die von Kriegs- und Revolutionsgewinnlern erworbenen Ländereien sind zu Siedlungszwecken zu enteignen.

8. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert vor allem den Ausbau der Volksschulen sowie der landwirtschaftlichen Fortbildungs- und Fachschulen.

9. Die Verkehrsverhältnisse sind durch Ausbau der Kleinbahnen, Land- und Wasserstraßen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft gründlich zu verbessern.

10. Licht-, Kraft- und Wasserversorgung ist der ländlichen Bevölkerung zu sichern.

11. Die Produktion und Verteilung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, besonders der künstlichen Düngemittel und der Kohlen ist zu sozialisieren.

12. Alle Maßnahmen, wie Bodenverbesserung, Umlegung der Grundstücke (Sturbe-einigung), Saatgut, Bekämpfung der Pflanzenschädlinge, der Tierseuchen usw. sind fräftig zu unterstützen. Die Ausführung dieser Maßnahmen ist zu sichern durch Anstellung von praktisch vorgebildeten Kreislandwirtschaftsinspektoren und durch Einrichtung von Landesfunkstellen bei den unteren Verwaltungsbehörden unter paritätischer Hinzuziehung aller landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungen.

13. Die Ausdehnung des Zwischenhandels mit landwirtschaftlichen Produkten ist zu beschleunigen.

14. Die Kredit-, betriebs- und abfanggenossenschaftliche Zusammenfassung der Kleinbetriebe ist nach jeder Richtung fräftig zu fördern.

15. Die engste Zusammenarbeit der Grohkauflaufgesellschaft mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist auf das Lebhafteste zu begrüßen.

16. Die Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter sind gegen Ueberarbeit und Unfallgefahr zu schützen. Ihnen ist eine gesunde Wohnung und befriedigende Lebenshaltung zu sichern. Die Arbeitsbedingungen sind durch Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeiterhochschule festzusetzen. Alle Formen der Sozialversicherung sind den Bedürfnissen der Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen.

17. Sozialisierung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Versicherungswesens.

18. Schaffung einer erschöpfenden, zuverlässigen land- und forstwirtschaftlichen Statistik.

19. Die Aufklärung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung hat unter Festhaltung unserer Parteigrundzüge zu geschehen.

20. Im Rahmen dieses Aktionsprogramms können für Gebiete mit besonders oligarchia nachherrschenden Betriebs- und Besitzformen in der Land- und Forstwirtschaft ergänzende Forderungen aufgestellt werden. Sie sind vor ihrer Veröffentlichung dem Parteivorstand zur Bestätigung vorzulegen.

Deutschland.

Die Pazifisten für wirtschaftliche Gleichberechtigung.

Auf dem zurzeit in Braunschweig tagenden 9. deutschen Pazifistenkongreß wurde nach einem Referat des Grafen Reher folgende Entschlieung angenommen:

„Der Störenfried der Welt ist der Imperialismus, der dauernde Nahrung empfangt, so lange das natürliche Bedürfnis der Völker nach wirtschaftlicher Wohlfahrt nicht gestillt ist. Wirtschaftliche Wohlfahrt in der Welt kann nicht gedeihen, so lange wirtschaftliche Interessengruppen die Machtmittel der Staaten benutzen, um in ihrem engen Wirtschaftsgebiet die Ausbeutung der Bürger anderer Staaten durch willkürliche Zuteilung von Rohstoffen und Sperrung von Absatzmärkten vorzunehmen.“

Der Völkerverbund wird daher den Frieden der Welt und deren materiellen und ethischen Wiederaufbau nur sichern, wenn seine Grundzüge eine feste, auf den Bedarf der breiten Massen der Völker eingestellte, den freien Wirtschaftswertlehre und die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Völker beruhende, von den Weltmächten und Verbrauchern selbstverwirklichte Organisation der Wirtschaft ist. Diese Grundlage kann geschaffen werden, wenn der unüberwindliche Druck der Hand- und Kopfarbeiter aller Länder durch ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen sie erzwingt. Als nächstes Ziel muß der Ausbau der vertraglich vorgeesehenen wirtschaftlichen und sozialen Organe des Völkerverbundes (jährliche Hauptversammlung aller Mitgliedstaaten zur Behandlung von Arbeitsfragen, Internationales Arbeitsamt, Wirtschaftliche Kommissionen zur Verteilung von Rohstoffen und zur Regelung der Transport- und Finanzverhältnisse) im demokratischen Sinne zu wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern der Produzenten und Konsumenten gefordert werden. Um dieses Ziel vorzubereiten, haben sich sofort die pazifistischen Organisationen überall mit den Organisationen der Hand- und Kopfarbeiter in Verbindung zu setzen, um gemeinsam auf die Regierungen in diesem Sinne national und international einzuwirken.

Der 9. Deutsche Pazifistenkongreß beauftragt daher einen noch niederzuziehenden Ausschuß, mit den pazifistischen Organisationen der anderen Länder Fühlung zu nehmen und bei den nationalen und internationalen Organisationen der Hand- und Kopfarbeiter Schritte zu tun, damit eine gemeinsame energische Aktion in diesem Sinne in die Wege geführt wird.“

Ueber die in dieser Resolution zum Ausdruck kommenden Gedanken wird man um so mehr erfreut sein können, als die bürgerliche Pazifistenbewegung nur eine unwesentliche sozialistische Anhängerschaft besitzt.

Allgemeine Anzeigepflicht für Geschlechtskrankheiten.

Wir die „F. F. N.“ erfahren, tagte am Sonnabend, den 2. Oktober im Kurort Bad Nauheim eine Versammlung der Vertreterinnen sämtlicher Frauenvereine und der Parlamentarierinnen zur Frage der Anzeigepflicht für Geschlechtskrankheiten und über die Einheitsfrage. Referentinnen waren Frau Regierungsrat Strauß-Köhl und Frau Dr. med. Marie Kaufmann.

Parteipolitische Analphabeten und Papierfoldaten.

In der Berliner unabhängigen „Freiheit“ belampt ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der U. S. P. für Groß-Berlin, W. Hesselbarth, die Vornahme der Dreierparteiwahlen durch Urabstimmung. Nach seiner Ansicht sind die Mitglieder der U. S. P. nicht reif genug, um über die Mostauer Aufnahmebedingungen entscheiden zu können. Wörtlich schreibt Hesselbarth:

„Wie kann jemand behaupten, daß der größte Teil der Mitglieder die Bedingungen richtig auszulegen versteht, um dadurch keine Schlussfolgerungen über die Wirkungen, die durch die Annahme der Bedingungen für die Arbeiterbewegung Deutschlands entstehen, bilden zu können. Machen wir uns nichts vor und geben wir zu, daß der Kreis unserer Mitglieder, die als parteipolitische Analphabeten angesprochen werden können, nicht der kleinste ist. Auch steht fest, daß es in den Reihen der U. S. P.-Mitglieder an Papierfoldaten nicht mangelt, d. h. Genossen, die wohl ihre Beiträge entrichten, aber nicht das geringste Interesse für das haben, was in der Partei vorgeht.“

Wie oft hat sich die U. S. P. gerühmt, daß in ihr die „Cüde der Arbeiterschaft“, der „fortgeschrittenste Teil des Proletariats“ organisiert sei! Jetzt, wo die Probe aufs Exempel gemacht werden soll, wird in der „Freiheit“ selber die geistige Reife des größten Teils der Mitglieder angezweifelt. Arbeiterelite und parteipolitische Analphabeten — wie reimt sich das zusammen?!

Futterneid.

Von der Futterkrippe überreicht die reaktionäre Presse einen Bericht aus dem Hauptauschuß der preussischen Landesversammlung, in dem der Jannunibücher Genosse Zvering feststellte, daß von 480 Landräten in Preußen ganze 42 Sozialdemokraten und 2 „Unabhängige“ sind. Die Feststellung, daß noch nicht ein Zehntel aller Landräte sozialdemokratisch frecht sind, machte im Parlament selbst auf die Rechte zu großen Eindruck, daß sie erklärte, der Presse über sozialdemokratische Partei- und Futterkrippenpolitik sei übertrieben. Darauf erwiderte ein sozialdemokratischer Redner, dieser Vornahme werde gleichwohl nicht aufhören, denn der deutliche, noch enale Futterneid sei unendlich groß. Schon die Berichterstattung der Rednerkrippe über diese Debatte beweist, wie richtig unsere Genossen die Reaktionäre eingeschätzt haben.

Sprengung des unabhängigen Parteitages?

Gegen die Erklärung des Zentralkomitees der U. S. P., kein Delegierter würde in Halle zugelassen werden, der nicht in Urwahlen gewählt sei, erklärt das unabhängige „Gothaer Volksblatt“ folgenden Trukruf:

„Die Botschaft des Zentralkomitees der U. S. P. erklärt einen Aufruf, in dem mitgeteilt wird, daß zum Parteitag von Halle nur solche Delegierten-Mandate anerkannt würden, die auf Grund von Urwahlen gewählt seien. Da in vielen Bezirken eine Urwahl abgelehnt und auch nicht mehr möglich ist, so würde dieser Beschluß die Sprengung des Halleischen Parteitages bedeuten. Das ist wohl auch die Absicht der Crispian-Dittmann-Hilferding-Fraktion und Genossen. Da ihre Sache sehr schlecht steht, wollen sie lieber alles in die Luft sprengen, damit sie noch eine Weile ihre armselige politische Existenz kräftigen können.“

Es muß festgestellt werden, daß wir in der U. S. P. noch nicht die Diktatur Crispian-Dittmann anerkannt haben. Die Herrschaften haben auch kein Recht, über die Mandatsverteilung selbstherrlich zu beschließen, denn der Parteitag ist souverän und kann Mandate anerkennen, wie er will, ohne Crispian und Dittmanns Diktat. Es darf sich kein Delegierter abhalten lassen, nach Halle zu fahren, auch wenn er nicht durch Urwahl, aber sonst ordnungsmäßig gewählt ist. Wenn die Crispian und Genossen es auf die Sprengung abgesehen haben, so hat die Partei keine Ursache, ihrer Verzweiflungspolitik zuzustimmen. Nicht der Parteivorstand, sondern der Halleische Parteitag hat das Wort.“

Nach dieser offenen Erklärung ist tatsächlich kaum etwas anderes zu erwarten, als daß der Parteitag der U. S. P. in Halle gesprengt werden wird.

Polen.

Die polnische Siegesbeute.

Königsberg, 4. Okt. Lagebericht. Die Süd- und Zentrumsfront unverändert. An der Nordfront überschritten die Polen nach Einnahme von Nowogrod den Serwitichluß. Die Polen melden in einem zusammengefaßten Ergebnis der erfolgreichen letzten Offensive auf Linie Lemberg-Cholm-Brest-Litowsk und Bialostok, beginnend Mitte September, die Gesamtzahl von 42 000 Gefangenen, 160 Geschütze, 950 Maschinengewehre, 10 Panzerautos, 2540 Waggons und zahlreiches Kriegsmaterial. Unter den Gefangenen befinden sich die Stäbe dreier Armeen und mehrerer Divisionsbestände.

Kleine Nachrichten.

Verurteilter Polenpion.

Aus Leipzig wird berichtet: Der St. assenat des Reichsgerichts verurteilte den Former Franz Studzinski, einen ehemaligen deutschen Kriegsteilnehmer und jetzigen Bürger der polnischen Republik, wegen verachteten Vertrags mißtrauens Geheimnisse zu 2½ Jahren Zuchthaus und zuchthausfähigem Verlust Studzinski hatte sich im November 1919 in Posen, von einem polnischen Offizier bestimmen lassen, nach Deutschland zu reisen und Art, Zahl und Stellung der deutschen Truppen an der Grenze auszukundschaften. Ein Brief mit solchen Nachrichten führte zu Entlassung des Angeklagten.

Parlamentauflösung in Portugal.

Lisbon, 3. Okt. (B. L. B.) Der König hat das Detret zur Auflösung der Cortes unterzeichnet.

Der Völkerverbund will tagen.

Paris, 3. Okt. (B. L. B.) Nach einer Radiomeldung aus Brüssel tritt der Rat des Völkerverbundes am 14. Oktober zu einer Sitzung zusammen.

Danziger Nachrichten.

Ueber das Verschwinden des Schweinefleisches

geht uns folgende Einsendung zu:
Noch immer besteht über das Verschwinden des Schweinefleisches keine Klarheit. Denn während man beim Durchgehen durch die Metzgereien kein Schweinefleisch findet, kommt dieses doch nach Feststellungen von Augenzeugen sehr zahlreich in den Handel. So soll es aus dem städtischen Schlachthof für 10,50 bis 12 Mk. für das Pfund im öffentlichen Verkauf zu erhalten sein. So werden die Verordnungen und Höchstpreise des Wirtschaftsamttes öffentlich mißachtet.

Selbst wenn aber der Kleinverkäufer den besten Willen haben sollte, das Schweinefleisch zu dem festgesetzten Höchstpreise an die Bevölkerung abzugeben, so wird ihm das durch die Großhändler unmöglich gemacht. Diese Großhändler verstehen es, die von den Metzgereien zum Verkauf kommenden Schweine fast ausschließlich in ihre Hände zu bringen, wobei sie mit Rücksicht auf ihre dadurch erreichte Monopolstellung und der damit beschaffenen willkürlichen Preisberechnung für den Weiterverkauf keine Rücksicht auf den zu zahlenden Verkaufspreis nehmen brauchen. Die kleinen Händler können bei dem Aukauf den Preisangeboten der Großhändler nicht folgen und beherrschen diese dann ausschließlich das Feld. So ist von Augenzeugen festgestellt, daß von Großhändlern lebende Schweine mit 9,50 bis 10 Mk. öffentlich zum Weiterverkauf angeboten wurden. Daß es durch solche Monopolstellungen der Großhändler unmöglich ist, das Fleisch im Kleinverkauf zu den niedrigeren Höchstpreisen abzugeben, liegt klar auf der Hand. Von Sachverständigen wurde berechnet, daß unter Zugrundelegung derartiger Lebendgewichtspreise das Pfund ausgeschlachtet auf mehr als 12 Mk. zu stehen kommen soll.

Die Großhändler, von denen auch einige Namen genannt sind, haben durch ihre künstlich geschaffene Monopolstellung aber nicht nur das Heft in der Schweinefleischversorgung in der Hand, sondern sollen auch bereits versuchen, die Belieferung mit Rindfleisch auf ähnliche Art an sich zu reißen. Es ist also höchste Zeit, daß sich das Wirtschaftsamt um diese Vorgänge kümmert, damit die Bevölkerung nicht noch mehr als bisher der Preissteigerung einzelner schon jetzt sehr reicher Großhändler ausgeliefert wird.

Ob nun der richtige Weg, der in der Zuschrift vorgeschlagene ist, indem man auf den alten Modus einer Güterverteilung auf die einzelnen Schlächter zurückgreifen soll, bezweifeln wir. Nach all den zutage tretenden, die Interessen der Allgemeinheit schädigenden Handlungen des freien Spiels der Kräfte scheint uns die endgültige Regelung dieser Frage nur in der Uebernahme der gesamten Fleischversorgung in eine städtische Regie möglich zu sein. Das Wirtschaftsamt sollte sich einmal ernstlich mit dieser Lösung der immer wieder auftretenden Katastrophen auf dem Gebiete der Fleischversorgung beschäftigen.

Auf einem amerikanischen Frachtdampfer.

Die Amerikaner haben während des Krieges besonders große Frachtdampfer für den Ueberseehandel gebaut, die nach Südamerika und Europa fahren. Einige dieser Dampfer, die alle nach einem Typ gebaut sind, um die Herstellung zu verbilligen und zu beschleunigen, sind auch in den Verkehr mit Danzig eingekauft. Die amerikanische Schifffahrtsgesellschaft United States Shipping Board hat augenblicklich 3 Dampfer im Danziger Hafen liegen, die ihre Fracht löschen. Eine Besichtigung der mächtigen Dampfer ist sehr interessant. An der Spitze der Masten sind die Drähte der drahtlosen Telegraphie befestigt und in gleicher Höhe wie die

Masten geht es auch abwärts in die Tiefe von Bord bis auf den Schiffsboden. Einem unserer Vertreter wurde die Besichtigung des Dampfers „Cabogon“ Philadelphia gestattet. In Philadelphia wurde er erbaut und er lud in Norfolk bei Newport 400 Eisenbahnwagen und 6000 Zentner Walfischfleisch für Polen. Die Fahrt bis England dauerte 14 Tage, bis Danzig durch den Kiel Kanal 18 Tage. Man fuhr in direktem Kurse nach dem Englischen Kanal. Die Rückfahrt aber wird man auf einer südlichen Linie von Spanien ab nach Philadelphia unternehmen, weil man die Eisberge der direkten nördlichen Linie vermeiden will.

Es klappt noch nicht Alles so wie es soll und wie es kommen muß. Amerika ist noch wirtschaftlich gesund, aber Europa ist wirtschaftlich noch schwer krank. Die Polen können im Danziger Hafen nicht ausreichend Beschäftigung finden und so muß der Dampfer hier 6 Wochen liegen bleiben, um seine Fracht umladen zu können. So werden 4 1/2 Monate vergehen, bis der Dampfer eine Kunde gemacht hat. Die wirtschaftliche Erkrankung Europas macht sich noch mehr dadurch bemerkbar, daß diese Dampfer leer, nur mit Wasser gefüllt, ihre Rückreise antreten müssen. Dadurch bleibt nicht nur die europäische Handelsbilanz unausgeglichen, sondern die Frachtkosten steigen sich auf das Doppelte. Der Unterhalt des Schiffes kostet täglich 2000 Dollar gleich 120 000 Mark, bei der jetzigen Wertschätzung des Dollars.

Der Dampfer ist natürlich durchweg modern und praktisch ausgestattet. Er ist 417 Fuß lang, etwa 20 Meter breit und hat 9500 Registertons. Drei große Laberräume liegen untereinander. Die Maschinen werden mit Del bezogen, Gas geheizt. Alles wird elektrisch erleuchtet und mit elektrischer Kraft betrieben. Ein Schimmerer steht über der Kommandobrücke. Die besten Karren liegen in dem Kartenschrant und der Saie sieht, daß es hier oben, wo der Kapitän die Kommandobrücke ausübt, an nichts fehlt. Die Offiziersmesse unterscheidet sich nicht von der eines Personen-Ozeandampfers und auch die Matrosen sind gut untergebracht. Die ganze Besatzung beträgt 45 Mann. Für ihre leiblichen Bedürfnisse sorgt ein Köchlein. Das Schiff ist in Amerika für 4 1/2 Monate mit Proviant versorgt worden.

Die Gehaltsfrage ist für die Besatzung recht glänzend, besonders im Danziger Hafen mit der deutschen Währung. Eine kleine Geldentwertung ist auch in Amerika eingetreten und die Preise sind gestiegen. Man kann in Newport für ein Paar Hosen 50 Dollar und für ein Paar Stiefel 15 Dollar zahlen. Aber die Preisunterschiede mit uns waren auch schon vor dem Kriege sehr groß und man kann auch jetzt diese Waren für 1/2 des Preises erhalten. In der Kantine können die Matrosen ein Paar ausgezeichnete köstliche Stiefel mit breiter Spitze, Doppelsohle und starken Abfägen für 5 Dollar kaufen. Der Matrose erhält monatlich neben freier Station 80 Dollar. Der Dollar wird bei uns mit 60 Mark bezahlt, so daß der Matrose in unserem Hafen monatlich 4800 Mark ausgeben kann. Die Schiffe und ihre Besatzung kaufen hier keine Lebensmittel ein, um unsere geringen Vorräte nicht zu schmälern und weil sie reichlich versehen sind. Aber Musikinstrumente und Schmuckgegenstände werden hier eingekauft.

Bei Mandolinenmusik tanzen die Matrosen auf Deck und im Speisesaal der Offiziersmesse spielt ein vorzügliches Orchester. Die Platten dazu werden in allen Häfen aufgekauft, und so ist die Musik hier wirklich international. Von aus Danzig gekauften Platten hörten wir unsere bekannte deutsche Musik. Von amerikanischen Platten hörte man amerikanische Lieder und auch eine Reglerkapelle mit eigener Landmusik, die allerdings nur harmlos darstellte. In Neapel erwartete man eine Platte, die ein Ave Maria von Karuso mit seiner umfangreichen schönen kräftigen Tenorstimme zu Gehör brachte. Diese Internationalität wird auch dadurch gestiftet, daß auf dem Schiff geborene Amerikaner, Engländer, Deutsche, Dänen, Griechen friedlich zusammenleben. Ueber ihrer Nationalität steht der Stolz auf die amerikanischen Einrichtungen und das rein Menschliche und Gemeinsame. Immer wieder wurde gesagt, wie wenig man jeden Kriegsgedanken schätzt und wie man gern von Mensch zu Mensch verkehrt, ohne Ansehen

der Nationalität und Sprache. Ueber nach dem Nordpol, als in einen Krieg, dies fernzugeschickt treffend die Bestimmung des praktischen Amerikaners, ganz besonders kann man solchen Anspruch verstehen, wenn jemand, wie der Postmeister, während des Krieges vier mal aus einem Schiffbruch durch Torpedobomben gerettet worden ist.

Der vierte Täter des Raubüberfalles in der Sandgrube ist nunmehr durch angelegte Nachforschungen der Kriminalpolizei in einer mit „Leo“ benannten Person festgenommen.

Zwei gefährliche Betrüger, welche die Städte Adnigsberg, Gornauer, Marienburg und Graudenz betrafen, konnten in den ehemaligen Seminaristen Kurt Marx zu Rheda geboren und Herbert Pölicher zu Allenstein geboren, festgenommen werden. Bei zwei verschiedenen Firmen hatten sie in ganz raffinierter Weise Verleumdungskläge in großen Beträgen befristet. Nach dieser dann nach einer vorher angekündigten Wohnung schänden lassen. Den Voten verstanden sie noch vor der Wohnung abzuhängen und bewogen ihn mitzukommen. Sie zogen dann die bestellten Kleidungsstücke an, gaben vor sich der Wirtin vorzustellen und sind dann, den Voten in der Stube zurücklassend, auf Zimmerwiedersehen verschwunden. Gegen Marx schreibt bereits eine Anzeige wegen schweren Diebstahls bei der Staatsanwaltschaft. Auch soll er von der Kriminalpolizei Graudenz gesucht werden.

Aus den Gerichtssälen.

Schwere Bandendiebstähle.

Vor der Strafkammer hatten sich 13 Personen wegen Bandendiebstahls und Gehilfen zu verantworten. Es waren dies die Arbeiter Edekar Hoffmann, Bruno Kibjinski, Franz Krawiowski, Erich Strechlow, Bruno Herrmann, Albert Behrendt, Hans Urbanik, Kurt Truhull, Paul Seidler, Adolf Mikowski, Wally Herrmann, die Händlerfrau Martha Treder und ihr Mann, der Arbeiter August Treder, sämtlich in Danzig. An den Diebereien waren noch mehr Personen beteiligt. Die Arbeiter Artur Kowalski und Otto Jurtschick waren nicht erschienen, gegen letzteren wurde ein Haftbefehl erlassen. Weiter waren sechs jugendliche Personen beteiligt. Diese werden jetzt jedoch ausnahmslos vom Jugendgericht abgeurteilt. Die ersten sechs Angeklagten verübten schwere und einfache Diebstähle in Danzig und Umgebung bis Neustadt und stahlen alles an Sachen, was ihnen vorkam, dabei zum Teil Werte von Tausenden. Sie wußten, daß sie alles verkaufen konnten. Eine sichere Abnehmerin war die Händlerin Treder, das Geld wurde in Rindvieh durchgebracht. Die Angeklagten machten recht wenig den Eindruck der Reue. — Das Gericht verurteilte Hoffmann zu 8 Jahren Zuchthaus und Kibjinski zu 5 Jahren Zuchthaus, beide außerdem zu 5 Jahren Ehrverlust. Krawiowski, Strechlow und Behrendt zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis. Wegen gewerkschaftlicher Gehilfen erhielt die Händlerin Treder zwei Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, sie wurde aber vorläufig auf freien Fuß gesetzt, da sie ihrer Niederkunft entgegensteht. Ferner erhielten wegen Gehilfen Truhull 6 Monate 1 Woche Gefängnis, Urbanik und Seidler je 2 Wochen Gefängnis, Mikowski, Wally Herrmann und August Treder wurden freigesprochen.

Der Schreibmaschinenkauf von dem Unbekannten. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Musiker Erich Wessolowski und der Maschinenarbeiter Alfred Schorr in Danzig wegen Diebstahls und Gehilfen zu verantworten. Im Mai war Wessolowski auf dem hiesigen Ernährungsausschuß und ging hier aber Mittag wartend vor dem Zimmer 12 auf und ab. Am nächsten Tage war aus dem Zimmer 12 die Schreibmaschine verschwunden. Nach einiger Zeit entdeckte man sie im Schaufenster eines Kaufmanns und erkannte sie genau wieder. Als Täter wurden die beiden Angeklagten verhaftet. Wessolowski wurde von den Zeugen genau als die Person wieder erkannt, die sich auf dem Flur wartend aufhielt. Er wollte jedoch die Maschine von einem Bekannten gekauft haben, der sie von einem Gustav Schulz erworben habe. Diese Personen sind aber

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

(Fortsetzung.)

„Gelt, du hast gleich gesehen, daß noch keine dazu Zeit gehabt hätte!“ gab die alte Frau zurück. „Ach, ich liege gar sehr schlecht.“
„Dann könnte ich ja schnell das Bett machen“, schlug Luise vor. Die Kranke war damit einverstanden. In wenigen Minuten hatte Luise die Arbeit verrichtet. Als Frau Birker wieder auf ihrem Lager ruhte, streckte sie sich behaglich aus und sagte anerkennend:
„Das ist gleich ein anderes Ding. Jetzt möcht ich eine Gutechmede haben. Die Trine hat mir eine Nestsuppe gelocht. In der waren Klumpen, so groß wie die Laubenleiter.“

„Soll ich eine Laubensuppe machen mit verlorenen Eiern oder mit kleinen Klöpfeln?“ fragte Luise. „Oder eine Pfaffen-, oder Appelpuppe?“

Luise richtete sich schnell in dem Hause ihrer Schwägerkinder ein, aber ein Stachel blieb in ihrem Herzen zurück, weil Ernst ihr so roh die Tür gewiesen hatte. Auch ihre Angehörigen kankelten sich darüber bitter. Sie rieten hin und her, weshalb Birker ihre Tochter so brutal behandelt hatte, aber auf den wahren Grund kam niemand. Am Abend huschte Luise einen Augenblick zu den Eltern. Die Mutter fragte ihr unter Tränen:

„Ein armer Mensch kann sein Glück nicht genießen, gleich kommt ein Reibhämmer und verdirbt ihm die Freude. Ich denke, ich soll lang hinschlagen, wie die Sufel uns am hellen Tage deine Sachen bringt, was du doch bei Birker hast. Wenn er uns die Sachen schickt, dann heißt das doch, daß sie dich dort bald rauschmeißen werden. Ich frage die Sufel: Was hat denn der Herr mit einem Kaff? Er war doch sonst zufrieden mit der Luise.“
„Der Sufel! Ich kann es nicht sagen, Mutter. Er hat mich hochgeschmeißt.“
„Er hat ja der Minna, die doch sein Herz ist, eine Nutsche runtergehauen, daß sie fast an die Wand geflogen ist. Sie liebt dich, daß sie der Verdacht.“
„Ja, sprach ich, Sufel, daß er uns aber die Hände antut, und er blamiert uns am hellen Tage vor dem ganzen Dorke, daß es doch schrecklich. Wenn wir reiche Leute wären, dann läte er sich das nicht schmeißen.“

„Der Gastwirt ist halt kein Guter“, entgegnete da Luise. „Er vergißt mit mein Glück nicht. Unterredn soll sich alle so recht von Herzen freuen. Aber ich will mir mein Glück nicht nehmen lassen. Ach, Mutterle, haben es die Eltern von Hermann aber schön. Und so grundgut sind sie zu mir. Ich hab der Mutter

eine Laubensuppe gelocht, da hat sie mich so gelobt. Und der Herrmann hat eine Freude, daß er mich nehmen darf. Gar schön hat er sich bei den Eltern bekennt. Ich sag Ihnen, er hat gesprochen, wie ein studierter Herr. Beim Herrn Pastor sind wir schon gewesen, und damit ich recht vornehm aussehe, hat die Mutter mir ihr großes Umhängeluch geliehen. Es war ein Bissel heiß, aber es war doch eine große Ehre für mich. Sonntag müssen Sie in die Kirche gehen, Mutterle! Da verlobt uns der Herr Pastor zum erstenmal. So in fünf, sechs Wochen halten wir Hochzeit. Um ein Uhr werden wir zusammengegeben.“

„Um ein Uhr, das ist ja hochherrlich!“ vernünderete sich Mutter Lorenz. Dann gab sie ihrer schönen Tochter so viel gute Lehren, daß Luise der Kopf schwindelte.

Einige Tage später kam der Sonnenmirt zu seinen Eltern und sagte sehr freundlich:

„Vater, ich wollte schon gebeten haben. Sie möchten es mich füribel nehmen, daß mir die Junge dasmal durchgegangen ist. Wenn ein Mensch Frau und Kind verliert, dann weiß er nicht, was er redet, und dann brauche ich die Luise doch für die Kinder.“

„Ich will mich nachtragend sein“, sagte Vater Birker verständnisvoll. „Mit dem Radel haben wir gar einen guten Griff getan. Die pflegt uns die Mutter mit Gottes Hilfe wieder gesund.“

In diesem Augenblick trat Luise ein. Sie wuschelte die Haare, als sie ihren früheren Arbeitgeber erblickte und grüßte bescheiden, aber Ernst hielt ihr mit gut gespielter Dieberei ein Pfund hin und sagte freudig:

„Gelt, Luise, wie sind wieder gute Beset! Ich hab halt meinen schlechten Tag gehabt. Das kann ja vorkommen. Du bist doch nicht nachtragend, wie?“

„Ein, gewiß nicht, Herr Birker“, versicherte Luise. „Aber ich hab doch darüber, daß der schlechte Mensch ihr ein gutes Wort zu dem Sufel.“

„Wenn es mit der Luise jetzt wieder besser ist, dann ist das so nach den Kindern sehr“, fuhr der Gastwirt fort. „Der Herr hat die Reibertyppe runtergewellt und hat sich ein Loch in der Kopf geschlagen, die Minna und der Traugott haben sich im Garten übernommen. Es tut wirklich weh, daß ein verlobter Mensch da mal noch dem Rechten steht.“

„Wenn die Mutter erlaubt, dann ist es doch gar“, versicherte Luise erwidert. „Bescheiden hatte sie der Gedanke gemacht, daß sie das Besprechen nicht halten konnte, daß sie Frau Mann gegeben hätte. Man soll ihr ein Stein vom Herzen.“

„Du kannst schon heute gehen, Luise!“, logte die Mutter, erwidert darüber, daß wieder Frieden in der Familie war. „Ich bin schon wieder ganz hübsch beisammen.“

Alle kauschten sich über die Gründe, die Ernst dem Luise mit den Seinen auszusprechen. Die Mutter sagte:

„Er ist doch besser, wie ihr denkt“, und Hermann stimmte ihr zu. Aber der Vater erklärte:

„Er will sich die große Hochzeit nicht antun lassen, der Scherzberger. Nicht die Gutmütigkeit, der Gastwirt guckt bei ihm raus.“

Erstlichbar zu der Einsicht gekommen, daß er äußerlich ein gutes Verhältnis zwischen sich und den Seinen herstellen möchte. Vor einem offenen Feinde ist man auf der Hut, da schert man sich und pariert jeden Streich. Ein verheerter Feind, der seine Angeln auf dem Hinterhalt absetzt, ist tausendmal gefährlicher. Unter der Maske der Freundschaft würde es Ernst Birker am leichtesten gelingen, seinen Bruder zugrunde zu richten.

Hermanns enemies sind sollte nicht lange dauern, dafür wollte Ernst sorgen, aber damit nicht genug. Er war sehr aufpassen. Hermann an den Bettelstab zu bringen. Kleinsicht streift er dann, was ihm jetzt verlobt war. Es würde lange dauern, bis er sein Ziel erreichte, aber er konnte warten.

„Sufel“, logte Hermann ein wenig arglos zu seinem Bruder, aber Ernst ist jetzt so mit. „Wie ist denn das, Luise? Ich hab dich gepufft und gepufft. Was hat es mich in der Hand, das eine gepufft. Da hat es mich einige gegeben. Er ist jetzt mit aufgepufft.“

„Ja“, stimmte Luise zu. „Es ist ein richtiges Bild, daß er wieder gut ist. Du wollest wir auch an den Kindern alles tun, was ihre Köpfe.“

So glücklich Mutter Lorenz auch über die beschriebene Hochzeit ihrer Tochter war, Sorgen brachte sie ihr trotzdem die Luise. „Wenn du nicht sie ihrem Bruder doch möge“, sie hätte es sich zur Ehre angesehen, wenn Luise ganz mit Hermann Klumpen in das reiche Haus gekommen wäre. Das alles sprach Luise den Eltern vor dem Brand der Hochzeit aus, und Luise die große Hochzeit hatte ein Vermögen. Zu guter Letzt wurde die ganze Familie vom Kopf bis zu den Füßen mit Aufregung erfüllt.

„Nicht nehmen und nicht lassen!“ dachte Luise, Lorenz immer wieder sorglos.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Danzigs erster Erfolg in Paris

wird heute durch ein Telegramm der Danziger Delegation gemeldet. Danach hat die Danziger Delegation die amtlichen Beziehungen zur polnischen Delegation aufgenommen. Es besteht auch Übereinstimmung darüber, daß im Interesse beider Teile baldigst die offiziellen Verhandlungen vor der Vorkonferenz beginnen möchten. Die Delegation bereitet in täglichen eingehenden Besprechungen die Begründung für den Danziger Entwurf vor. Naderowski teilte bei Gelegenheit einer Besprechung mit, daß der Name des Oberbürgermeisters Sahm von der Auslieferungsliste schon vor einiger Zeit gestrichen sei. Der Generalsekretär der Vorkonferenz wird Dienstag durch seinen Vertreter die Danziger Delegation empfangen.

Schon diese erste offizielle Mitteilung der Danziger Delegation läßt erkennen, wie notwendig es war, daß die Danziger Vertretung nach Paris ging. Nicht nur, daß durch die Besprechungen mit den Polen der Weg für eine Verständigung geebnet wird, ist auch durch diese Tatsache der Grund geschaffen, aus dem heraus die Danziger Delegation nicht mehr achtlos beiseite geschoben werden kann. Auch die Mitteilung, daß die Danziger Vertreter heute von einem Vertreter der Vorkonferenz empfangen werden, gibt uns die Gewißheit, daß mit den Danziger Vertretern verhandelt werden wird. Sicherlich sind die Unabhängigen schon Lügen gestraft, die immer den Standpunkt vertraten, daß es gar keinen Zweck habe, nach Paris zu gehen. Schon die bisherigen Ergebnisse der vorbereitenden Besprechungen dürften nicht unwesentlich zur entsprechenden Lösung der Danziger Frage beitragen.

Auch die Genußnahme, die dem Oberbürgermeister Sahm durch die schon vor längerer Zeit erfolgte Streichung von der polnischen Auslieferungsliste erwachsen ist, können wir freudig anerkennen. War doch das polnische Auslieferungsbegehren im Grunde nur auf die mannhafte Wahrung der Danziger Interessen durch Sahm gegenüber den polnischen Einflußbestrebungen auf Danzig zurückzuführen. Auch in diesem Falle haben die Unabhängigen Unrecht bekommen, da sie doch noch leistungsfähig durch ihren Großsprecher Kahn in der fraglichen Volkstagsitzung auszusprechen ließen, daß ein Verhandeln schon deswegen nicht stattfinden würde, weil die Polen ein gemeinsames Verhandeln mit Danziger Vertretern, die auf der Auslieferungsliste stehen, von vornherein ablehnen würden. Beides trifft nun nicht zu. Weder haben die Polen ein Verhandeln abgelehnt, noch sieht Sahm auf der Auslieferungsliste. Man hätte allerdings erwarten können, daß der doch sonst so findige und alles wissen wollende Herr Kahn sich vorher über das Grundlegende seiner Ausführungen erkundigt hätte. Man suchte aber nach Gründen, um die „unabhängig-charaktervolle“ ablehnende Haltung der Unabhängigen in Sachen der Pariser Delegation noch außen hin zu erklären, und da war selbst dem Hrn. Kahn das polnische Auslieferungsbegehren als „Beweis“ würdig genug. Was von dieser weisen unabhängigen Abbitzenliste übrig bleiben wird, dürfte die nächste Zeit erweisen. Grundlegend bestätigt hat sich aber schon die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion, der es nicht nur um die Frage der Delegation an sich, sondern um das Wohl und Wehe Danzigs überhaupt ging und weiterhin natürlich auch gehen wird. In diesem Sinne buchen wir die erste Volkstagsitzung von Paris als einen günstigen Auftakt.

Nationale Arbeiter „halten durch“

Vom Metallarbeiter-Verein wird uns geschrieben: Unter dieser Epithete erzählt die „Danz. Allg. Ztg.“ in ihrer Nummer 231 vom 1. Oktober einen Vorfall, der sich in der Gewerkschaft abgepielt haben soll. Nach der „D. A. Z.“ soll ein Herr Schaupp, seines Zeichens Schlosser, der dem „Deutschen Arbeiterbund“ angehört, von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften mit dem Hinweis bedroht worden sein, wenn er nicht zu den freien Gewerkschaften übertrete. Zunächst sei unabhängig von diesem Vorfall erwähnt, daß es eine Tatsache ist, daß die freien Gewerkschaften auf Grund eines besonderen Geschäftsvorganges in der Gewerkschaft ein gewisses Recht hätten, zu verlangen, daß sich die dortigen Arbeiter aus bestimmten Solidaritätsgründen frei organisieren. Da aber besonders der in Frage stehende Herr Schaupp infolge einer rühmlichen Vergangenheit auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung für die freien Gewerkschaften durchaus keine Bereicherung darstellt, so können diese gern auf seine Mitgliedschaft verzichten. Folgende Tatsachen erweisen dies besonders: Sch. war vom 27. Oktober 1918 bis Juli 1919 im Deutschen Metallarbeiter-Verein organisiert, wo er sich während der Revolution naturgemäß als einer der „radikalsten Revolutionäre“ behauptete. Als im D. M. A. die Mitgliederbeiträge erhöht werden sollten, zog er es jedoch vor, zum Hirsch-Dunker'schen Gewerksverein überzutreten, da dieser mit seinen Gewerkschaftsbeiträgen noch etwas niedriger war. Jedoch auch der Gewerksverein mußte den Verhältnissen Rechnung tragen und ebenfalls die Beiträge erhöhen. Was bleibt bei einer derartigen Situation einem besonders „festen Durchhalter“, wie es Herr Schaupp nach Ansicht der „Danz. Allg. Ztg.“ ist, übrig, als sich einem Verband zu fügen, der etwas billiger ist. Er fand das Passende anscheinend auch, und zwar im „Deutschen Arbeiterbund“. Wir möchten jedoch diesem „Arbeiter“-Bund raten, nicht etwa die Beiträge zu erhöhen, sonst könnte sich auch hier die „Durchhalte-Methode“ des Herrn Schaupp bewähren.

Wir möchten auch noch daran erinnern, daß es der vielgeschätzte Arbeiterrat war, der im Sommer vorigen Jahres auf Bitten des Herrn Schaupp, für sein Verbleiben in der Gewerkschaft eingetreten ist, trotzdem seine Entlassung von der Direktion vorgezogen war. Wenn die „Danz. Allg. Ztg.“ freudigstehend mitteilt, daß der Arbeiterbund von Herrn Ros als Gewerkschaft anerkannt ist und letzterer den frei organisierten Arbeitern mitteilt hat, so hat sie sich doch erheblich von der Wahrheit entfernt. Ob Herr Ros das Bedürfnis hat, der Arbeiterbund anzuerkennen, wissen wir nicht. Dagegen wissen wir jedoch, daß eine dementsprechende Äußerung gegenüber frei organisierten Arbeitern nicht gefallen ist und aus leicht begreiflichen Gründen auch nicht gefallen wird. Herr Ros ist unteres Grades immer noch feige, um zu wissen, daß sich frei organisierte Arbeiter mit Streikbrecher-Organisationen, wie der Arbeiterbund darstellen, nicht an einen Tisch setzen werden.

Wir gönnen der „Allgemeinen“ diesen großen Helden, dem es ja auch nach seiner eigenen Angabe gar nicht darauf ankommt, ob er entlassen wird, da „für ihn ja doch gefeiert“

ist und er sich nur verbessern könnte“. Also wird sich wohl schon irgendwo ein gutes Plätzchen für den Charakterfesten „Durchhaltehelden“ finden oder bereits gefunden sein.

Ein nationaler Zusammenstoß

der sich vor einigen Tagen auf dem Holzmarkt ereignete, wird von dem „Ziennis Gdancki“ zu einer niedrigen Höhe gegen die Danziger Bevölkerung ausgeschlachten gelacht. Nach dem Gemütsmann des polnischen Blattes soll ein polnischer Zeitungsvorläufer ohne Veranlassung, nur weil er als Verkäufer polnischer Zeitungen bestand, von einer größeren Menge beschimpft und geschlagen worden sein. Der „D. Gdansk“ benutzt nun diese Schilderung, um von einem gewalttätigen Angriff eines verirrten ausländischen Hansens zu sprechen.

In Wirklichkeit hat sich dieser Vorfall jedoch wesentlich anders abgespielt, worüber ein Bericht des Polizeipräsidiums vorliegt. Nach den polizeilichen Feststellungen ergab sich folgendes:

Der Pole Wladislaw Monugiewicz versuchte am 1. Oktober morgens auf dem Holzmarkt polnische Zeitungen zu verkaufen. Von den Vorübergehenden abgewiesen, beschimpfte er diese: „Deutsche Schweine, deutsche Lumpen.“ Er wurde zum Polizeipräsidium gebracht. Beim Verhör stellte sich heraus, daß W. hier wohnungslos und polizeilich nicht gemeldet ist. Er wurde deshalb dem Untersuchungsrichter vorgeführt und befindet sich jetzt in Untersuchungshaft. Daß er in Ketten abgeführt ist, ist unwahr.

Wenn es auf Grund der gemeinen Beschimpfungen des Publikums durch den polnischen Zeitungsvorläufer tatsächlich zu einem Handgemachten gekommen ist, so hat sich der Pole letzten Endes seine etwas unanständige Behandlung selbst zuzuschreiben. Der „D. Gdansk“ hat aber durchaus keine Ursache aus diesem Vorfall eine wüste Heiße gegen die deutschdenkende Bevölkerung Danzigs zu inszenieren.

Gewalttätiger Raub vor dem Schwurgericht.

Beim dritten Schwurgerichtssitzung.

Gestern nahm eine neue Schwurgerichtssitzung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Harung ihren Anfang. Der erste Verhandlungsfall betraf eine Anklage wegen versuchten Raubes unter Anwendung von Gewalt und eines das Leben gefährdenden Angriffs auf den Ueberfallenen gegen den Schuhmacher Johann Friedrichowski aus Danzig, wobei es sich um einen Vorfall handelte, der sich am 2. Juni im Hause 1, Lamm 11 abgespielt hat. Dort war Friedrichowski bei einem früheren Arbeitskollegen König beschäftigt, der sich inzwischen selbständig gemacht hatte. Das Geschäft war nicht immer noch blühend gegangen, so daß König seinem Gehilfen schließlich noch etwa 60 Mark schuldig war. Darüber scheint sich J. ein sonst harmloser, fleißiger Mensch erregt zu haben. Am Morgen eines Tages hörten Bewohner des Hauses in der Wohnung des Königs Geräusche und einen furchtbaren Lärm, der auf einen heftigen Kampf zwischen zwei Männern hindeutete. Einer der Bewohner bewaffnete sich mit einer geladenen Pistole und ging in die Wohnung des Königs. Als er eintrat, sah er A. blutend und ohnmächtig am Boden liegen. J. schien über das Dagewesene des Hausbewohners so erschrocken, daß er starr da stand und kein Wort zu sagen vermochte. Wie sich später ergab, hatte der Angeklagte den König noch schlafend im Bett vorgefunden. Von plötzlicher Wut gepackt stürzte er Friedrichowski auf den Kehrlaken und schlug mit den Fäusten so kräftig auf ihn ein, daß er blutete. Bei dem darauffolgenden Ringen fiel König auf die eiserne Kante seines Bettgestells und blieb infolge dessen ohnmächtig liegen. Die ursprüngliche Annahme, daß der Angeklagte auf König mit einem Schusterhammer einschlugen, konnte nicht bewiesen werden. Friedrichowski behauptete, darüber besonders erregt zu sein, daß ihn während der Arbeitzeit aus seinem arbeitsreichen Tag keine Ersparnisse in Höhe von etwa eintausend Mark gestohlen seien. Der Gefängnisarzt Dr. Fusch konstatierte, daß der J. 51 auf den Angeklagten zwar nicht anwendbar sei, daß er aber in hochgradiger nervöser Erregung gehalten habe. Ein Zustand, der sich bei ihm wiederholte. Friedrichowski wurde daher wegen schwerer Körperlicher Mißhandlung unter Ausschluß mildernder Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 2 Monate auf die ersttätige Untersuchungshaft angerechnet werden.

Die Verstaatlichung der Ueberlandzentrale Straßenbahn.

Die bekanntlich in dem Entwurf über die zukünftige Elektrizitätsbewirtschaftung des Freistaats vorgesehen ist, wird vom Kreisaußschuß des Kreises Danziger Höhe bekämpft. Wie haben uns über die staatliche Elektrizitätsbewirtschaftung schon eingehend geäußert und wird auch die heutige Sitzung des Ausschusses die Vorlage eingehend beraten. Bei der Beurteilung müssen vor allen Dingen die allgemeinerwirtschaftlichen Gesichtspunkte maßgebend sein und müßte sich auch der für Mittwoch, den 6. Oktober, einberufene Kreisrat des Kreises Danziger Höhe ausschließlich von diesen leiten lassen. Es kann bei dieser Frage nicht darauf ankommen, ob einzelne Details bei der Verstaatlichung ihre bisherigen Vorteile wahren, sondern daß die Straßenanlagen in zweckmäßigster Weise für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. In dieser Richtung erwarten wir vom Volkstag, daß er dementsprechende, dem Wohl des Freistaats dienende Beschlüsse faßt.

Drohender Streik der Kleinbahnen.

Eine Betriebsversammlung, welche sich mit der Geschäftsführung und den Angehörigen der westpreussischen Kleinbahnen beschäftigte, fand am Sonntag in Eigenhof statt. Nach einer regen und ausgiebigen Aussprache, an welcher sich Angestellte und Arbeiter in großer Anzahl beteiligten, kam man zu folgenden Entschlüssen. Bei den heutigen Löhnsverhältnissen ist es unmöglich, daß ein Angestellter mit 600 bis 700 Mark pro Monat und noch wichtiger auskommen kann. Wenn der Arbeiter und Angestellte mit voller Kraft seine Dienstpflichten erfüllen soll, dann muß es ihm auch möglich sein, seine Familie ernähren zu können.

Die Versammlung nahm mit Entschiedenheit an, daß man bereits schon 6 Wochen in den Lohn- und Gehaltsfragen verhandelt aber bis heute noch keinen Schritt weiter gekommen ist. Sie verlangt, daß unverzüglich mit den maßgebenden Stellen die notwendigen Schritte unternommen werden, daß die Gehälter und Lohnfragen bis zum 12. d. Mts. zum Abschluß gelangen. Da bis dahin keine Regelung erfolgt, wollen Angestellte und Arbeiter am 12. d. Mts. in den Löhnen streiken. Die Betriebsversammlung ergab nur eine einzige Stimme gegen den Streik war. Die Geschäftsverteilung wurde folgende Entschlüsse angenommen. Die heute, den 6. Oktober, in Eigenhof stattfindende Versammlung der Kleinbahnen des Freistaats Danzig nahm mit Entschiedenheit von der Verstaatlichung der Kleinbahnen Kenntnis. Die wirtschaftliche Lage der Kleinbahnen ist so, daß die Rot der Angestellten und Arbeiter auf höchste gestiegen ist. Falls in den nächsten Tagen die Verhandlungen zu keinem Ergebnis kommen sollen, werden die Angestellten und Arbeiter in den Streik. Es wird jedoch erwartet, daß sich der Staatsrat der Sache annimmt und für schnelle Verstaatlichung sorgt.

Berein Arbeiterjugend. Am Mittwoch, den 6. Oktober, abends 7 Uhr. findet der Grundsatz in der „Polizeistimme“, Am Spendhaus Nr. 4, Hof 2. Gebäude, statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Heimostreue Oberlehrer. Ein abkündigungsberechtigter deutschsprachiger Oberlehrer des Gymnasiums Danzig werden von der hiesigen Versammlung am Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Saal des Opernhauses zu einer Sitzung eingeladen. Neben einem Vortrag sind auch unterhaltende Darbietungen vorgesehen.

Ueber den Besuch der Fortbildungsschule wird im heutigen Morgenblatt eine Bekanntmachung des Magistrats veröffentlicht, auf die wir besonders hinweisen.

Zum 2. Bürgermeister von Joppot wurde in geheimer Sitzung der Stadtbetriebsversammlung der bisherige beauftragte Stadtrat nachträglich, der bis zum 1. Juli 1920 Bürgermeister in Dresden war. Die freigewordene Stelle des beauftragten Stadtrates wird zur Ausschreibung gebracht werden.

Für die Konzertveranstaltungen die am Freitag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus stattfinden, und bei der die Kammerängerin Hochm van Enderk von der Berliner Staatsoper, sowie Alfred Lichtenstein (Sibbe) und Käthe Heinemann (Klavier) mitwirken werden. Auch durch den Bildungsausschuß im Parteibureau, 4. Lamm 7, 2. Et., Zimmer 6 und in der Volkshochschule am Spendhaus 6 Karten zu Vorzugspreisen zu haben.

Sehnerfahrtscheinste im Vorortverkehr. Wie uns die Danziger Verkehrsvereine mitteilen, hat sich die Preisausschreibungsdirektion bereit erklärt, die in diesem Sommer auf Vorschlag der Verkehrsvereine eingeführten Sehnerfahrtscheinste, die nur bis zum 30. September vorgezogen waren, im Mai nächsten Jahres wieder zur Ausgabe gelangen zu lassen. Wenn auch den Reisenden diese so begrüßenswerte Neuerung noch nicht in dem genügenden Umfang bekannt geworden ist und darauf wohl der bisher noch geringe Absatz der Fahrtscheinste zurückzuführen ist, so würde es doch andererseits begrüßenswert sein, wenn die Eisenbahndirektion diese Verkehrsbeschränkung auch für die Wintermonate bestehen würde.

Der Weistockmarkt in Danzig vom dem wir bereits gestern Mitteilung gaben, wird im heutigen Morgenblatt bekanntgegeben, worauf wir Interessenten besonders hinweisen.

Der Verkauf von Speisefett wird in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekanntgemacht und zwar werden von Mittwoch, den 6. d. Mts., an auf die Speisefettmarkte Nr. 10 62,5 Gramm Butter zum Verkauf gelangen.

Ueber den Verkauf von ausländischem Fleisch als Reserve sowie über die Kartoffelversorgung und den Zuckerpreis wird der Beirat des Wirtschaftsamt in seiner Sitzung am Donnerstag, den 7. Oktober verhandeln.

Raubfall am Sonntag. Einem Konfektionsgeschäftsinhaber, die sich auf dem Nachhausewege befand, wurde am 4. d. Mts. gegen 8 Uhr abends in den Anlagen am Sonntagpark gegenüber der Oberwieschule eine silberne Handtasche gewaltsam entziffen. Die Tasche enthielt die Tageseinnahme von 670 Mark und einen goldenen Anker. Der Täter ein junger Mensch von circa 20 Jahren, glattköpfig, mit bleichem blassem Gesicht, grauer Kleidung und blauer Mütze ist unerkannt entkommen. Verleitet kam der fraglichen Dame harmlos entgegen, sprach höflich auf sie zu und entriß ihr die Tasche mit einer derartigen Gewalt, daß die Verurtheilte die Tasche in der Hand behielt.

Die von einem Diebe überfallenen und schwer gekochenen Gebrüder Pahnke im Wäldchen in Prenton bürsten beide mit dem Leben davon kommen. Der eine der zwei Stiche in den Oberkörper erhalten hat, konnte bereits das tödliche Sagarrett befehlen. Der andere Bruder befindet sich auf dem Wege der Besserung, obgleich die Gefahr noch nicht vorüber ist. Mitz und Darm sind mit dem Messer durchschnitten. Das Zwerchfell ist an zwei Stellen durchtrennt. Der Stich unter dem Herzen ist nicht tief gegangen. Wie einer der Verletzten mitteilt, waren im Garten drei Personen, die wahrscheinlich einen Einbruch in das Haus getan hatten. Als in dem Bericht in unserer Zeitung mitgeteilt wurde, wurde mit einer der Missetäter verhaftet werden.

Eine schwere Fußverletzung zog sich gestern der Werksleiter Politz in der Hauptbahnhofsverwaltung auf dem Trohl zu. Mit dem Kran Nr. 6 in der Maschinenhalle wurde eine Rauchkammertüre transportiert. Während des Transportierens rief jedoch das Drahtseil und Lärme und Haken fielen dem Arbeiter auf die Füße. Der Haken soll dem Krangetriebe zu nahe gekommen sein, wodurch das Seil eine zu große Spannung erhielt. Nach Angabe von Augenzeugen soll der Haken schon öfter dem Seile zu nahe gekommen sein. Eine nähere Untersuchung des Kranes dürfte daher wohl angebracht sein, um weitere Unfälle zu verhüten.

Polizeibericht vom 5. Oktober 1920. Verhaftet: 9 Personen, darunter 6 wegen Diebstahl, 1 wegen Zuchtwahl, 1 wegen Betrugs, 1 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Bekleidungsgegenstand, 1 silberne Brosche, 1 Portemonnaie mit Geld, 1 Taschentuch, 1 roter Damenschuh, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 silberne Damenschuh, enthaltend 2 Portemonnaies mit Geld und verschiedenen Inhalt, abzuholen von Jrl. Hedwig Stuberl, Grüner Weg 4, 3 Et., 1 goldener Kranz, abzuholen von Frau Bouffe Dombrowski, Gendubler Straße 18. 1 Leere Metalldose (Gewicht 26. August), abzuholen im Geschäft von Hohmann, Elisabeth-Kirchengasse 8.

Abgabe von Lebensmitteln in Qtra. Am 6. Oktober konnten zur Ausgabe: 62 1/2 Gramm Butter zum Preise von 10 Mark pro Pfd., auf die Feldmarkte Nr. 2, von Freitag, den 8. Oktober ab 250 Gramm Hefeflocken zum Preise von 1,80 Mark für das Pfd., auf die Marken 3 und 3 R. — 500 Gramm Marmelade zum Preise von 2 Mark für das Pfd. auf die Marken 4 und 4 R. — 200 Gramm Nussknack zum Preise von 2,50 Mark für das Pfd. auf die Marken 5 und 5 R. 250 Gramm Zucker zum Preise von 1,50 Mark für das Pfd. auf die Marken 4 und 4 R.

Standesamt vom 5. Oktober 1920. Geburten: Profig. Grenadier der 8. Kompanie des Inf. Inf. Reg. Nr. 262, Bruno Wilhelm Oberst. 23 J. 8 M. — Feuertochtermann, Musikant der 1. Komp. des Inf. Reg. Nr. 99, Johann Martin Beyer, 20 J. 3 M. — E. d. Holzarbeiters Robert Gollmann, 12 M. — E. d. Arbeiters Ernst Stellmacher, 8 M.

Wasserstandsnotizen am 5. Oktober 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Jahreszeit	1,20	1,18	Königsberg	1,22	1,17
Wassersau	1,18	1,16	Wassersau	0,78	0,75
Schönen	6,64	6,67	Dielau	0,74	0,72
Waldenberg	4,34	4,35	Dielau	0,83	0,84
Rauhshäuser	2,22	2,22	Einlage	1,93	1,84
Thoren	0,75	0,71	Schleswig	2,16	2,18
Touren	0,71	0,67	Waldshof	0,25	0,26
Gulz	0,69	0,64	Waldshof	+	+
Grabenberg	0,86	0,79			

